



Fraktion
im Pinneberger
Kreistag

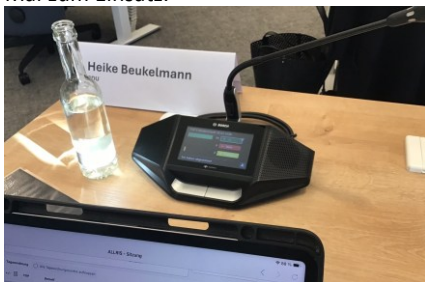
Nr. 89

April 2026

NewsLetter

Kreistag am 29. April

Kurz nach 18.00 Uhr eröffnete Kreispräsident Helmuth Ahrens den Anwesenden der Kreistagssitzung, dass von nun an die Abstimmungen durch die Nutzung eines elektronischen Abstimmungssystems vorgenommen werden. Zwar mussten die Abgeordneten sich bis zum Tagesordnungspunkt 5.1 gedulden, unter dem noch die erforderliche Änderung der Geschäftsordnung beschlossen werden musste. Somit kamen die farbigen Abstimmungskarten möglicherweise am 29. April 2026 beim Tagesordnungspunkt 5 zum letzten Mal zum Einsatz.



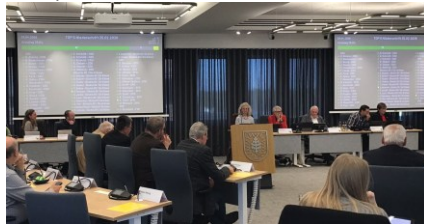
Elektronisches Abstimmungssystem

Diesmal verzichtete die AfD bei der Wahl zum Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses auf geheime Wahl. Worauf sie wieder einmal nicht verzichtete, ist die wahrheitswidrige Behauptung in ihrem Antrag, dass der Vorsitz in diesem Ausschuss der AfD zustehe. Aufgrund des Wahlergebnisses steht der Partei aber nur das Vorschlagsrecht für die Wahl eines Vorsitzenden zu. Einmal mehr erhielt ihr Kandidat Burghard Schalhorn – nunmehr im 17. Anlauf – lediglich die Stimmen der AfD. Wie richtig diese Entscheidung immer wieder ist, wurde im weiteren Verlauf der Sitzung deutlich, als Schalhorn zu dem für die Jugendhilfe wichtigen Nutzungsvertrag mit dem Kreisjugendring in die „Bütt“ ging und dabei deutlich werden ließ, dass er die entsprechende Beschlussvorlage offensichtlich vorher nicht einmal gelesen hatte.



Die farbigen Stimmkarten kamen wahrscheinlich zum letzten Mal zum Einsatz

Ausschließlich die AfD stimmte nach Schalhorns Einwänden gegen den Nutzungsvertrag für das kreiseigene Victor-Andersen-Haus, ohne den der Kreisjugendring seine wichtige Arbeit dort nicht fortsetzen könnte. Auch der Hinweis seines Parteikollegen Schroer auf den auch 2027 auslaufenden Vertrag mit der Stadt Barmstedt, der für die Heizung per Blockkraftwerk Sorge, bewirkte nicht, dass sich eine andere Fraktion oder auch nur ein einziger fraktionsloser Abgeordneter gegen den Nutzungsvertrag ausgesprochen hätte. Einmal mehr hat sich die AfD von der Kreispolitik total isoliert.



Auf zwei großen Monitoren kann jeder das genaue Abstimmungsergebnis erkennen

In einer längeren, aber sachlichen Diskussion haben die Fraktionen sich mit der Einführung des sogenannten Deutschland-Schülertickets auseinandergesetzt. Mit 39 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen hat der Kreistag gemeinsam mit den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Segeberg beschlossen, den einheitlichen Eigenanteil auf aktuell 21 Euro festzulegen. Es ist richtig, dass ca. 15 % aller Eltern, für die die Schülerbeförderung bisher kostenlos war, auch diesen Betrag leisten müssen, wie Linke und SPD argumentieren. Allerdings ergeben sich für die restlichen 85 % erhebliche Einsparungen. CDU und Grüne sehen in der neuen Regelung mehr Entbürokratisierung und Gerechtigkeit. So soll es Fälle gegeben haben, in denen Schüler an einem Ende der Straßen das Ticket kostenlos erhielten und solche, die auf der anderen Seite wohnen, wegen der bisher geltenden Kilometergrenze den vollen Betrag entrichten mussten. Zudem spart der Kreis mehr als eine Viertelmillion Euro bei der Schülerbeförderung ein, weil die neue Regelung vom Land bezuschusst wird. Auf Seite 2 können Sie weitere Details aus den Wortbeiträgen von Patricia Burek und Stephan Schmidt (beide CDU) erfahren.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

wegen der anstehenden Nominierung der Landtagskandidaten und der Sitzung des Kreistages im April lautete die Überschrift des Newsletters über den vergleichsweise ereignisarmen Monat März: „Die Ruhe vor dem Sturm“. Stürmisch war er zwar nicht, aber der Kreistag bot seit längerem erstmals wieder lebhaft und dennoch der Bedeutung des Gremiums angemessene, gute Diskussionen. Die CDU-Fraktion beherrschte die Debatten mit großer Souveränität.

Gewöhnungsbedürftig für die Abgeordneten war das neue Abstimmungsverfahren. Die Stimmkarten in den unterschiedlichen Parteifarben haben ausgedient. Die Abstimmungen über das Display, das sich vor den Abgeordneten im neuen Kreistagssaal befindet, haben störungsfrei funktioniert.

Fair und friedlich gingen auch die Nominierungen der Kandidaten für die Landtagswahl über die Bühne. Stolz ist meine Fraktion darauf, dass nach 2022, als mit Birte Glißmann und Martin Balasus zwei amtierende Kreistagsabgeordnete in den Landtag einzogen, für die Wahl 2027 neben diesen beiden zwei weitere Kreistagsabgeordnete als Kandidaten antreten werden. Jennifer Drews und Dr. Tobias Löffler wünschen die Kolleginnen und Kollegen viel Erfolg und dass auch sie ihr Ziel erreichen mögen. Unser Dank gilt auch Stephan Schmidt, der nur hauchdünn unterlegen war und allen Dreien für die vorbildlich faire und kollegiale Auseinandersetzung.

Sowohl über den Kreistag als auch über die Landtagskandidaturen berichtet dieser Newsletter ausführlich in dem nebenstehenden Artikel und auf den folgenden Seiten.

Mit herzlichen Grüßen

Britta Krey
Fraktionsvorsitzende

Schülerticket, Gleichstellung und Victor-Andersen-Haus

Kreistagssitzung am 29. April: Bei etlichen Tagesordnungspunkten glänzten CDU-Abgeordnete mit klugen Wortbeiträgen. So argumentierte Patricia Burek für das Deutschland-Schülerticket, unterstützt von Stephan Schmidt. Justus Schmitt fand die richtigen Worte zum Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, und Ortwin Schmidt kontierte bei der Beratung über den Nutzungsvertrag für das Victor-Andersen-Haus die AfD mit Sachlichkeit statt Populismus aus und machte deren Inkompetenz einmal mehr deutlich.

Patricia Burek erläuterte die Einführung einer einheitlichen Kostenbeteiligung von 21 Euro für das Deutschland-Schülerticket im Kreis Pinneberg auf Grundlage von Zahlen, die sich zuletzt noch einmal verändert hatten, die aber entscheidend für die letzte Bewertung waren.

Während die ursprüngliche Beschlussvorlage noch auf den Schülerzahlen des Schuljahres 2024/25 basierte, lägen inzwischen die Zahlen für 2025/26 vor, und diese zeigten eine klare Entwicklung: Die Zahl der ausgegebenen Tickets, so Burek, sei von rund 8.500 auf etwa 9.300 gestiegen. Gleichzeitig habe sich die Struktur verschoben: Rund 5.300 Schülerinnen und Schüler erhielten ein vollständig finanziertes Ticket als sogenannte Listenschüler – mehr als im Vorjahr. Und etwa 4.000 nutzten inzwischen das Schüler-Deutschlandticket. Auch das sei ein deutlicher Anstieg.



Das bedeute zweierlei: 1. Das Angebot werde stärker genutzt. Das sei eine gute Nachricht, denn es zeige, dass es angenommen werde und die Mobilität junger Menschen tatsächlich verbessere.

2. Die finanziellen Auswirkungen seien größer als ursprünglich kalkuliert. Sie bedeuteten 100.000 Euro weniger Entlastung als ursprünglich angenommen.

„Die Entscheidung ist keine abstrakte Grundsatzdebatte mehr, sondern sie basiert auf ganz konkreten Zahlen und Erfahrungen aus den letzten Jahren“, erklärte Patricia Burek.

Der Kreis Pinneberg trage bereits heute einen erheblichen Anteil an den Kosten. Gleichzeitig zeige die Vorlage klar: In der derzeitigen Ausgestaltung entstehe ein strukturelles Defizit und das sei nicht einmalig, sondern dauerhaft angelegt. Es wachse perspektivisch weiter, wenn nichts geändert werde. Wer daraus den Schluss ziehe, man solle auf eine Kostenbeteiligung verzichten, der greife zu kurz.

Die neuen Zahlen zeigten vor allem, dass der Kostendruck weiter zunehme. Mehr Nutzen, steigende Ticketpreise und ein erweitertes Leistungsangebot führten dazu, dass die Belastung für den Kreishaushalt weiter wachse. Das bestätigten auch die anderen Kreise. Ein vollständiger Verzicht auf Eigenbeteiligung würde die bestehenden Probleme weiter verschärfen. Sie bleibe daher ein angemessener, moderater Beitrag.

Die öffentliche Diskussion der letzten Wochen habe gezeigt, dass es nicht um das „Ob“ des Tickets – das stehe außer Frage – sondern um das „Wie“ der Finanzierung gehe. Ein vollständig kostenfreies Ticket für alle wäre politisch leicht, finanziell aber vor dem Hintergrund der Gesamtverantwortung für den Kreishaushalt nicht zu vertreten. Die 21 Euro seien deshalb kein zufälliger Wert, sondern ein bewusst gewählter Kompromiss.

Das Deutschland-Schülerticket eröffne Mobilität im gesamten Kreis- bzw. Bundesgebiet – für Freizeit, Praktika, Ausbildung und gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehöre ganz konkret auch die Teilnahme an Klassenfahrten,

die heute größtenteils mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt würden, und es erleichtere die Organisation, senke Hürden und ermögliche vielen Schülerinnen und Schülern überhaupt erst die Teilnahme. Dieser zusätzliche Nutzen gehe über die klassische Pflichtaufgabe der Schülerbeförderung hinaus.

Stephan Schmidt (CDU) ergänzte den Redebeitrag von Patricia Burek mit dem Hinweis, dass man es bei diesem Thema nicht allen recht machen könne.

Einige werde es treffen, viele andere würden profitieren. Bei allen Gegenreden sei ein Punkt aber immer konsequent ignoriert worden: Der Vorteil der Nicht-Listenschüler.

„Ich wäre ja bei der Argumentation der SPD, wenn wir hier nur über ein einfaches Busticket von zu Hause zur Schule und zurück sprechen würden. Das dem Schülerticket zu Grunde liegende Deutschlandticket kann aber viel mehr. Es kann in der Freizeit genutzt werden, um zum Sport zu fahren und vieles mehr. Und es kostet den Kreis unterm Strich nicht mehr als das Busticket.“ Darum sei es nur fair, wenn es mit einem Eigenanteil von 21 Euro allen Schülern angeboten werde.

Justus Schmitt bedankte sich im Namen der CDU-Fraktion bei der Gleichstellungsbeauftragten Tinka Frahm für Ihren ausführlichen Tätigkeitsbericht. Dieser zeige sehr deutlich ihr Engagement, Fachlichkeit und ihren persönlichen Einsatz für die Gleichstellung im Kreis Pinneberg.

Im vergangenen Jahr habe seine Kollegin Patricia Burek für die CDU eindrucksvoll zum Tätigkeitsbericht gesprochen; ihre Ausführungen zu Gewalttaten gegen Frauen, insbesondere zu den abschaulichen Verbrechen gegen Gisele Pelicot in Frankreich seien ihm fest in Erinnerung geblieben. Heute spreche er als Mann für seine Fraktion zum Gleichstellungs-Bericht. Denn er sei fest davon überzeugt, dass sich gerade auch Männer für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzen und ihre Stimme dafür erheben müssten – nicht, um die Debatte zu dominieren, sondern um ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen, geschlechtsbezogene Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft zu überwinden.



Männer müssten – genau wie Frauen – an der Seite derjenigen stehen, die Opfer von Gewalt geworden seien. Gerade die aktuelle gesellschaftliche und politische Debatte – ausgelöst durch die Berichterstattung über die Erfahrungen, von denen die Moderatorin und Schauspielerinnen Collien Fernandes jüngst berichtete – habe uns sehr deutlich vor Augen geführt, dass Gewalt und gesellschaftliche wie partnerschaftliche Konflikte längst nicht mehr nur im analogen Raum stattfänden, sondern zunehmend auch digital.

Was früher häufig im Verborgenen oder im sozialen Nahraum geschehen sei – gerade auch im häuslichen Umfeld – könne heute öffentlich und mit enormer Reichweite passieren, mit oftmals gravierenden Folgen für die Betroffe-

nen. Die Dunkelziffer an Taten sei enorm hoch. Wenn Betroffene den Mut hätten, an die Öffentlichkeit zu gehen, dann ende die Belastung nicht. Im Gegenteil – sie würden nicht selten mit Hass und Beleidigungen konfrontiert.

„Das ist erschütternd, und es wirft die grundlegende Frage auf: In was für einer Gesellschaft leben wir, wenn Menschen für den Mut, über erlittenes Unrecht zu sprechen, angegriffen werden?“ Diese Entwicklung dürften wir nicht hinnehmen. Sie sei ein klares Alarmsignal, sagte Schmitt. Bei einem Blick in den Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention für unseren Kreis werde deutlich: „Wir reden hier nicht über Einzelfälle – wir reden über eine messbare Realität. Die im Bericht zur Istanbul-Konvention enthaltenen Fallzahlen und Jahresvergleiche zeigen klar: Gewalt gegen Frauen ist auch im Kreis Pinneberg ein anhaltendes und ernstzunehmendes Problem – und in zentralen Bereichen ist auch eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr festzustellen.“

Digitale Gewalt sei dabei kein Nebenschauplatz, sondern Teil trauriger Realität. Sie sei real, wirke und treffe Frauen in besonders schwerer Weise. Dem müsse man sich geschlossen entgegenstellen.

Ein zweites Thema hob Justus Schmitt hervor: Die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen. Gender Pay Gap und insbesondere Gender Care Gap seien nach wie vor Realität. Wenn Frauen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisteten, dann habe das direkte Auswirkungen auf Einkommen, Karriere und Altersvorsorge. Hierbei gehe es aber nicht nur um individuelle Lebensentscheidungen, sondern auch um strukturelle Rahmenbedingungen, auf die die Kreispolitik eigenen Einfluss habe.

Ein dritter Aspekt: Die politische Teilhabe von Frauen. Der Bericht zeige, dass noch Luft nach oben sei, wenn über die politische Beteiligung von Frauen, insbesondere in Ämtern und Mandaten der Kommunalpolitik gesprochen werde. Netzwerke und gezielte Ansprache seien dabei wichtige Instrumente – aber auch die Politik müsse sich die Frage stellen, wie sie Kommunalpolitik im Kreis Pinneberg für Frauen noch attraktiver und besser mit Beruf und Familie vereinbar gestalten könne.

Die Gleichberechtigung von Frauen sei ein Gradmesser dafür, wie gerecht, modern und zukunftsfähig die Gesellschaft im Kreis Pinneberg sei. „Dieser Bericht zeigt, wie weit wir schon sind; aber auch, was noch getan werden muss. Der Bericht ist deshalb auch ein Arbeitsauftrag. Gleichstellung ist nämlich keine abgeschlossene Aufgabe,“ so Justus Schmitt.

Zu der Entscheidung über den Nutzungsvertrag für das Victor-Andersen-Haus mit dem Kreisjugendring führte Ortwin Schmidt für die CDU-Fraktion aus, dass es sich hierbei um das ehemalige Krankenhaus der Grafschaft Rantzau handele, das später Krankenhaus der Stadt Barmstedt und 1970 Kreiskrankenhaus wurde. Die Stadt Barmstedt habe das Haus dem Kreis übertragen mit der Auffassung, es weiter als Krankenhaus zu betreiben. Als der Kreis dies 1984 beenden wollte, entstand der Plan für die Jugendbildungsstätte mit dem Kreisjugendring. Die Stadt habe damals dem Kreis das Gebäude weiter überlassen unter der Maßgabe, es als Kreisjugendbildungsstätte zu nutzen. Der alte Vertrag sei etwas unscharf formuliert gewesen, was bei einem Wasserschaden vor zwei Jahren deutlich wurde. Der neue Vertrag regle klar, dass der Kreis zuständig sei für alles, was „Dach und Fach“ betreffe und der KJR für alle Schönheitsreparaturen zuständig sei.

2 ehemalige und 2 aktuelle Kreistagsabgeordnete für Landtagswahl nominiert

46 Jahre hat es gedauert, bis 1992 mit Monika Schwalm aus Uetersen zum ersten Mal ein CDU-Mitglied des Kreistages in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einzog, und nach 34 Jahren schaffte es die ehemalige Quickborner Kreistagsabgeordnete Ingrid Roitzsch in den Bundestag. 104 zum Teil hochqualifizierte CDU-Mitglieder sind seitdem im Pinneberger Kreistag tätig gewesen. Warum dauerte es 30 bzw. 45 weitere Jahre, bis Kreistagsabgeordnete wieder in den Landtag oder den Bundestag einzogen und dann gleich in dieser Zahl?

Eine Erklärung dürfte die verbesserte Selbstdarstellung der Kreistagsfraktion sein. Im Juni 2018 schied Burkhard E. Tiemann aus dem Amt als Kreispräsident aus und übernahm die Aufgabe als Pressesprecher der Fraktion. In dieser Eigenschaft entwickelte er mit Akribie die Idee eines regelmäßig erscheinenden Newsletters, in dem die Aktivitäten der Kreistagsabgeordneten sichtbar werden sollten. Schon im September 2018 erschien die Nr. 1. Die Mitglieder der Kreistagsfraktion wurden in den bisherigen 89 Ausgaben regelmäßig vorgestellt, und Berichte aus dem Kreistag und der Fraktion fanden mehr und mehr eine interessierte Leserschaft. Den über tausend CDU-Mitgliedern, die den Newsletter regelmäßig lesen, blieb nicht verborgen, wer Leistungsträger in der Fraktion ist, und sie konnten sich ein Bild von potenziellen Kandidaten für Landes- und Bundesebene machen.

Schon 4 Jahre nach dem Start des Newsletters zogen dann mit Birte Glißmann und Martin Balasus gleich zwei junge Kreistagsabgeordnete in den Landtag und nach drei weiteren Jahren Daniel Kölbl in den Bundestag ein. Für die Landtagswahl am 18. April 2027 konnten sich neben Birte Glißmann und Martin Balasus auch die Kreistagsabgeordneten Jennifer Drews und Tobias Löffler bei der Kandidatenaufstellung durchsetzen. Im Idealfall werden ab 2027 die Menschen in den 4 Wahlkreisen des Kreises Pinneberg von zwei ehemaligen und zwei amtierenden Kreistagsabgeordneten vertreten, und auch der Bundestagsabgeordnete verfügt über kommunalpolitische Erfahrung im Kreistag.

Heute berichtet der Newsletter über die Kandidatenaufstellungen sowie die Ziele und Erwartungen der 4 ehemaligen bzw. noch aktiven Kolleginnen und Kollegen aus der Kreistagsfraktion.



Martin Balasus

Dass er keinen Gegenkandidaten im Wahlkreis Pinneberg-Elbmarschen hatte, dürfte darin begründet sein, dass er gute Arbeit im Landtag geleistet hat. Das zeigt auch das Ergebnis von 99 % der abgegebenen Stimmen.

Mit diesem fulminanten Vertrauensbeweis wurde Martin Balasus für die Landtagswahlen am 18. April 2027 nominiert. Der 39-jährige Studienrat war 2022 erstmalig zur Wahl in das Kieler Parlament angetreten und mit 43,2 % der Erststimmen direkt gewählt worden.

Inzwischen wurde er auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender und seit 2024 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Pinneberg. Nach seiner Wahl zog er ein Fazit: „Wir haben einiges erreicht. Aber fertig sind wir noch lange nicht. Entscheidend ist nicht das, was hinter uns, sondern das, was vor uns liegt.“

Martin Balasus' Ziele sind klar: Schule sollte sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren: Jedes Kind muss anständig lesen, schreiben, rechnen lernen. Mehr Sport in der Schule, am besten täglich - das sei wichtig für die Entwicklung von Kindern. Rückendeckung für die Wirtschaft und Begeisterung junger Menschen für eine Ausbildung, und es muss Schluss sein damit, dass den Kommunen immer neue Aufgaben aufgebürdet werden.



Birte Glißmann

Am 18. April, genau ein Jahr vor der Landtagswahl wurde Birte Glißmann erneut für den Wahlkreis 21 nominiert. Für Schleswig-Holstein fordert sie auch in den kommenden Jahren eine Politik, die klar in der Sache, verlässlich im Handeln und nah bei den Menschen ist. In ihrer Arbeit im Landtag trage sie Verantwortung als Parlamentarische Geschäftsführerin und als polizeipolitische Sprecherin. Diese Aufgaben würden ihr jeden Tag einen direkten Blick gewähren auf die Themen, die das Land bewegen: Innere Sicherheit, ein handlungsfähiger Staat und Stabilität für Bürgerinnen und Bürger. Ihr Anspruch ist es, die Interessen des Wahlkreises weiterhin stark in Kiel zu vertreten, und ihre erneute Kandidatenaufstellung kommentiert sie nüchtern: „Das Ergebnis ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich. Ich will den Wahlkreis wieder direkt gewinnen und Elmshorn, Tornesch und die Gemeinden des Amtes Elmshorn-Land auch nach 2027 im Landtag vertreten.“

Als ihre Kernthemen nennt Birte Glißmann eine starke Wirtschaft und moderne Infrastruktur, Sicherheit im Alltag sowie eine noch bessere Bildung für die Kleinsten. Sie freut sich über das Vertrauen und den Rückhalt ihrer Wahlkreis-Mitglieder.

Jennifer Drews

setzte sich mit über 88 % bei 159 abgegebenen Stimmen als Kandidatin im Wahlkreis 22 (Pinneberg-Nord) gegen den Ellerbecker Bürgermeister Dominik Seebold durch.

Dieses Ergebnis sei ein starkes Signal und gebe ihr enormen Rückenwind für die kommenden Aufgaben, besonders für den Wahlkampf zur Landtagswahl 2027, sagt Jennifer Drews: „Ich werde mich voller Energie, klarer Haltung und großer Entschlossenheit für die Menschen in unserer Region einsetzen.“



Das Vertrauen der Mitglieder ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich! Im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit stehen die Stärkung des Mittelstands, mehr

Sicherheit, gute Bildung und eine funktionierende Infrastruktur. Ebenso setze ich mich für starke Kommunen ein.“

Dr. Tobias Löffler

Am 25. April konnte sich der 32-jährige Facharzt für Innere Medizin in einer spannenden Kandidatenaufstellung für den Wahlkreis 24 – Pinneberg, Halstenbek, Schenefeld mit 42 zu 39 Stimmen knapp gegen den Kreistagsabgeordneten Stephan Schmidt aus Pinneberg durchsetzen.

Gesundheitspolitik, in die er seine beruflichen Erfahrungen einbringen will, Wirtschaft, starke Kommunen und Bildung sieht er als seine Schwerpunkte: „Wir alle wollen einen Hausarzt vor Ort, rasche Termine, Nachwuchs in Pflege und Medizin und natürlich ein modernes, zukunftsweisendes Zentralkrankenhaus in Pinneberg. Bei unserer Gesundheit lassen wir doch auch nur Experten ran. Und deswegen brauchen wir in Kiel jemanden, der weiß, was wichtig für uns ist.“



Ohne Mobilität keine starke Wirtschaft – und ohne Wirtschaft kein Geld für die Dinge, die uns wichtig sind, betont Löffler „und wenn wir über starke Wirtschaft reden, dann reden wir auch über starke Kommunen, die Geld haben für Ihre Infrastruktur, die Unternehmen ansiedeln können und die nicht immer neue Aufgaben vom Land, Bund oder aus Europa bekommen!“

Für seinen Sohn – stellvertretend für alle jetzigen und zukünftigen Schüler - wünsche er sich Unterricht, der auch wirklich stattfindet und gut ausgebildete Lehrer. „Wir können es uns nicht leisten, dass mehr als 10 % der Schüler ohne Abschluss bleiben!“

Wir gratulieren



Seit der letzten Ausgabe des NewsLetters feierte mit **Volker Claaßen** nur ein Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion seinen Geburtstag

Wir wünschen ihm Glück, Erfolg, Zufriedenheit und gute Gesundheit.

Darüber hinaus hatten auch die ehemaligen CDU-Kreistagsabgeordneten

**Immo Neufeldt
Hiltraud Ritter
Kai Feuerschütz
Sven Pienkoss
Petra Thies-Klapp**

ihren Ehrentag.

Auch ihnen wünschen wir alles erdenklich Gute.

Erste Frau im Vorstand



Die Sparkasse Südholstein richtet ihren Vorstand neu aus. Der bisherige Vorsitzende Eduard Schlett und Vorstandsmitglied Jürgen Hiemer scheiden aus.

Mit Wirkung zum 1. Juli 2026 wird Martin Deertz (60), seit 2010 Mitglied des Vorstandes, neuer Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Südholstein. Yvonne Rosenberger (50), bisherige Vorstandsvertreterin und seit 2025 bei der Sparkasse Südholstein, rückt als erste Frau in den Vorstand auf.

Splitter aus dem Kreistag

Auch in der Kreistagssitzung am 29. April gab es wieder Äußerungen, die zum Nachdenken oder zum Schmunzeln anregen. Hier eine kleine Auswahl:

Der Kreispräsident, der mit einer alten, massiven Glocke klingelte, während Herr Viehmann gleichzeitig das elektronische Signal betätigte, um die Abgeordneten zur Abstimmung zu rufen: *„Ich bin nicht Bill Gates. Meine technischen Fähigkeiten sind altersbegrenzt“.*

B. Schalhorn (AfD), der sich infarktverdächtig aufregte, dass es beim Kreisjugendring Kurse über Sexualpraktiken und gleichgeschlechtliche Partnerschaften gebe: *„Aufklärung ist Aufgabe der Eltern und nicht des Vereins. Deshalb sind wir gegen den Vertrag“.*

Ortwin Schmidt (CDU) ebenso aufgebracht: *„Ich bin ganz anderer Ansicht als Herr Schalhorn. Wir reden hier über den Nutzungsvertrag für das Gebäude und nicht über den Zuwendungsvertrag an den KJR für die verbandliche Jugendarbeit. Ich empfinde den KJR als politisch neutral und nur, weil der AfD ein einzelner Kurs des KJR nicht gefällt, ist das kein Grund, den Gebäudenutzungsvertrag abzulehnen“.*

Und weiter: *„Einflussnahme durch die AfD auf die inhaltliche Arbeit des KJR lehnen wir ab! Ich hoffe, wir können das Thema jetzt wieder unemotional behandeln“.*

Der Kreispräsident zum TOP Genehmigung einer Spende für die Bewirtung anlässlich der Einweihung des neuen Sitzungssaales: *„Wir stimmen ab über eine Spende für feste und flüssige Nahrung“.*

In der Einwohnerfragestunde moniert Dietrich Malcherczyk aus Appen, dass der Kreis dem Land keine Auskunft erteile, wie hoch der Reifenabrieb an der Westumgehung Pinneberg sei:

„Ich weiß nicht, warum der gesamte Kreistag eliminiert wurde“.

In dieser Sitzung kam Thomas Grabau (Grüne) zu seiner Premiere als amtierender Landrat. Nachdem die Landrätin die Sitzung kurzfristig verlassen musste, nahm der stellvertretende Landrat Justus Schmitt ihren Sitz ein. Dieser wollte aber zum Bericht der Gleichstellungsbeauftragten reden. Darauf der KP:

„Gleich wird noch Herr Schmitt reden, aber das darf er nicht als amtierender Landrat. Deshalb wird sich gleich Herr Grabau als 2. Stellv. Landrat hierhersetzen, und nach der Rede von Herrn Schmitt werden sie wieder tauschen“.

TERMINE

Mai 2026

Montag, 04.05.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Dienstag, 05.05.2026, 18.30 Uhr:
Sitzung des Finanz-Ausschusses
Elmshorn, Kreistagssaal

Donnerstag, 07.05.2026, 18.00 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und Senioren,
Elmshorn, Kreistagssaal

Montag, 11.05.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstandes,
CDU-Kreisgeschäftsstelle Pinneberg

Dienstag, 12.05.2026, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr,
Elmshorn, Kreistagssaal

Mittwoch, 13.05.2026, 16.30 Uhr:
Sitzung des Hauptausschusses,
Elmshorn, Kreistagssaal

Mittwoch, 13.05.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion,
Elmshorn, Raum Langes Tannen

Montag, 18.05.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung des geschäftsführenden CDU-Fraktionsvorstandes, Videokonferenz

Dienstag, 19.05.2026, 18.30 Uhr:
Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Sicherheit und Ordnung,
Elmshorn, Kreistagssaal

Mittwoch, 20.05.2026, 19.00 Uhr:
Sitzung der CDU-Fraktion, Videokonferenz

Donnerstag, 21.05.2026, 18.00 Uhr:
Sitzung des Jugendhilfe-Ausschusses
Elmshorn, Kreistagssaal

Mittwoch, 27.05.2026, 16.30 Uhr:
Sondersitzung des Hauptausschusses,
Elmshorn, Kreistagssaal

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag

Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann

Fotos: CDU, B. E. Tiemann, Kreis Pinneberg, SPK Südholstein

Redaktionsadresse: CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg

Tel.: 04101 / 22927 | **Fax:** 04101 / 591761

Email: b-e-t@gmx.de

www.cdu-kreistag-pinneberg.de